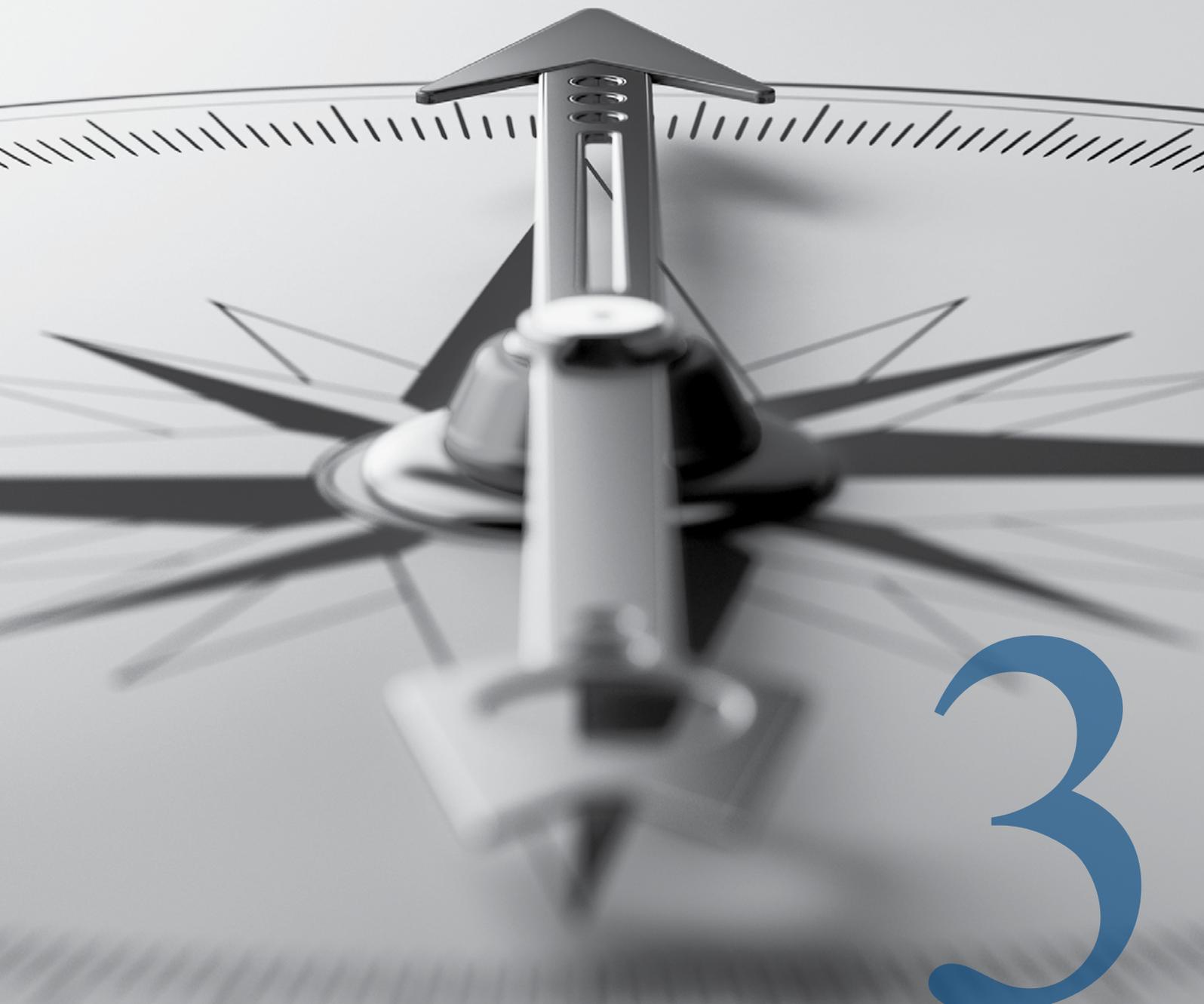


Monitor Ordnungspolitik

Die Soziale Marktwirtschaft: Kompass für aktuelle Herausforderungen

Welche Parteien halten Kurs?

03 | Haushaltspolitik



3

03 | Haushaltspolitik

Zentrale Punkte

- Die Normen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geben in aktuellen Debatten einen klaren Kurs vor. Doch nicht alle Parteien halten diesen Kurs.
- Die Parteipositionen zum Thema Haushaltspolitik unterscheiden sich stark. Hauptursache dafür ist die unterschiedliche Priorisierung von Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip.
- In der Sozialen Marktwirtschaft nach Freiburger Schule, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard hat Subsidiarität stets Vorrang vor Solidarität.
- Steuerentlastungen besonders für mittlere Einkommen sind mit der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar, Investitionen in den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und die (Wieder-)Einführung einer Vermögensteuer dagegen nicht.

Einleitung

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bewährt. Parteien und Verbände bekennen sich zu ihr und berufen sich auf deren „Gründerväter“, um ihre politischen Forderungen zu untermauern.

Das stiftet Verwirrung – denn die Soziale Marktwirtschaft dient als Argumentationsgrundlage für teils widersprüchliche Forderungen. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wofür die Soziale Marktwirtschaft eigentlich steht. Welche wirtschaftspolitischen Positionen sind im Einklang mit den Grundwerten und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft? Und wie lassen sich die teils widersprüchlichen Forderungen in ihrem Namen erklären?

Die Reihe *Monitor Ordnungspolitik* beantwortet diese Fragen. Die Analyse fokussiert sich auf die drei Themengebiete, bei denen die Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien am deutlichsten hervortreten: Freihandel, Europa- und Haushaltspolitik. Nach dem Freihandel und der Europapolitik analysiert der **dritte Teil** des Monitors die unterschiedlichen Parteipositionen zum Thema **Haushaltspolitik** und untersucht, welche Leitlinien das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorgibt.

Haushaltspolitik I: Schuldenabbau oder Investitionen?

Parteipositionen im Vergleich

Die im Bundestag vertretenen Parteien haben unterschiedliche Vorstellungen, was der Staat auf der Ausgabenseite mit dem Haushaltsüberschuss unternehmen sollte. Alle Parteien schlagen vor, den Haushaltsüberschuss für die Entlastung unterer und mittlerer Einkommen sowie für Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur zu verwenden. Allerdings herrscht **Dissens** über den **Schwerpunkt der Verwendung**.

Die Union setzt neben Schuldentilgung und Investitionen vor allem auf Einkommensteuerentlastungen für die „Mitte unserer Gesellschaft, also Familien mit Kindern, Arbeitnehmern, Handwerk und Mittelstand“. ¹ Ziel ist es, den sogenannten Mittelstandsbauch zu verringern – also die „besonders stark steigende Steuerbelastung bei unteren und mittleren Einkommen“. ² Die Union möchte außerdem dafür sorgen, dass die Steuerquote nicht steigt.

Die FDP möchte untere und mittlere Einkommen ebenfalls entlasten und den Mittelstandsbauch abflachen. ³ Allerdings möchten die Freien Demokraten die Staatsquote senken. ⁴ Auch die AfD setzt auf einen schlankeren und effizienteren Staat mit geringerer Staatsquote. ⁵

Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE setzen hingegen schwerpunktmäßig auf Investitionen anstatt Steuererleichterungen. Die Grünen setzen auf Investitionen in die ökologische Modernisierung Deutschlands. ⁶ SPD und DIE LINKE wollen vor allem Investitionen in die soziale Gerechtigkeit tätigen, zum Beispiel in sozialen Wohnungsbau und soziale Sicherungssysteme. ⁷

Die Verwendung des Haushaltsüberschusses: die Perspektive der Sozialen Marktwirtschaft

Wie würden die Gründerväter heutzutage zur Verwendung des Haushaltsüberschusses stehen? Sie würden **Steuererleichterungen** befürworten, insbesondere für die **Mittelschicht**. Erstens ist der Mittelstandsbauch nicht im Sinne der Leistungsgerechtigkeit, da mittlere Einkommen überproportional – und damit nicht leistungsgerecht – belastet werden. Zweitens sind Steuerentlastungen im Sinne von Freiheit, Eigenverantwortung und Subsidiarität:

„Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.“⁸

Ein Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ist hingegen weniger mit einer Sozialen Marktwirtschaft vereinbar. Diese Maßnahme würde das Solidaritätsprinzip wieder vor Eigenverantwortung und Subsidiarität stellen. Erhard betonte außerdem stets, dass stark ausgebaute soziale Sicherungssysteme Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft erschaffen lassen ⁹ Dabei sind Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft Grundvoraussetzung für einen funktionsfähigen Sozialstaat – denn **der Wohlstand muss erst erwirtschaftet werden, bevor er umverteilt werden kann**: „eine erfolgreiche soziale Hilfe [ist] nur auf Grundlage eines genügend hohen und wachsenden Sozialprodukt[es] und damit einer leistungsfähigen Wirtschaft möglich“. ¹⁰ Sinken Leistungsbereitschaft und -fähigkeit einer Volkswirtschaft, so leiden darunter auch die Sozialsysteme.

Subsidiarität und Eigenverantwortung kommen vor Solidarität. Eine **unterschiedliche Priorisierung dieser Prinzipien** erklärt auch hier die **unterschiedlichen Positionen** der Parteien zu der Verwendung des Haushaltsüberschusses.

Haushaltspolitik II: Steuerentlastungen für Alle?

Parteipositionen im Vergleich

Obwohl sich alle Parteien für eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen auszusprechen scheinen, ergeben sich bei genauerem Hinsehen auch deutliche Unterschiede bei den Steuerentlastungsplänen.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE fordern eine stärkere Belastung der oberen Einkommen, etwa durch Anhebung des Spitzensteuersatzes – oder im Fall der SPD durch die Einführung einer Reichensteuer.¹¹ Darüber hinaus fordern Bündnis 90/Die Grünen die (Wieder-)Einführung einer **Vermögensteuer**, die drei Bedingungen erfüllen sollte:¹²

1. Die neue Vermögensteuer soll im Unterschied zu ihrer Vorgängerversion verfassungskonform sein – also die Unterscheidung zwischen Privat- und Wirtschaftsvermögen unterlassen;
2. Die Vermögensteuer soll ergiebig sein – die Einnahmen müssten also die Erhebungskosten decken;
3. Die Vermögensteuer soll Investitionen nicht verhindern und Arbeitsplätze nicht gefährden.

Union, FDP und AfD schließen die Wiedereinführung einer Vermögensteuer aus.¹³

Ist eine Vermögensteuer mit der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar?

Eine höhere Belastung der oberen Einkommen ist in gewissem Maße im Einklang mit dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit – zumindest, solange

- die höhere Besteuerung keine leistungsmindernden Anreize schafft;
- höhere Einkommen nicht überproportional belastet werden;
- die Besteuerung die relativen Verluste durch Abflachung des Mittelstandsbauches deckt.¹⁴

Die (Wieder-)Einführung einer Vermögensteuer ist jedoch **abzulehnen**. Wilhelm Röpke betonte zwar, dass eine Umverteilung von Vermögen gerechtfertigt sei, falls die soziale Ungleichheit den sozialen Zusammenhalt gefährdet und die Freiheitsentfaltung des Einzelnen einschränkt.¹⁵ Allerdings ist fraglich, ob eine Vermögensteuer die hohe Vermögensungleichheit effizient bekämpft: eine Vermögensteuer erhöht den Anteil der Nichtbesitzenden am Kapitalstock in der Regel nicht. Die Nichtvermögenden würden also kaum von einer Vermögensteuer profitieren.¹⁶ Darüber hinaus würde eine Vermögensteuer die Ungleichheit

nur minimal abbauen.¹⁷ Gleichzeitig ist mit Ausweichreaktionen der besteuerten Vermögenden zu rechnen, die im Extremfall mitsamt ihrer Vermögen auswandern.¹⁸ Die Erhebungskosten sind schwer einzuschätzen. Die **Ergiebigkeit einer Vermögensteuer ist also alles andere als garantiert.**

Zu guter Letzt würde eine Vermögensteuer gegen den **Schutz des Privateigentums** verstoßen. Eine Vermögensteuer würde Investitionsanreize schwächen – was in Zeiten der Investitionslücke nicht zielführend ist¹⁹. Genauer gesagt reichen selbst derzeitige Investitionen nicht aus, um die Produktivität zu steigern und somit Wachstumsrückgänge infolge des demographischen Wandels zu kompensieren. Eine Vermögensteuer würde dieses Problem durch Hemmung von Investitionsanreizen eher noch verschlimmern. Nicht zuletzt würde eine Vermögensteuer das Solidaritätsprinzip wieder vor das **Subsidiaritätsprinzip** und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands stellen. Daher ist eine Vermögensteuer unter den derzeitigen Umständen nicht im Einklang mit der Sozialen Marktwirtschaft.

- 1| Vgl. Ludwig-Erhard-Stiftung (2017) *Europäische Integration – Europa: Institution? Kooperation? Integration?* <http://www.ludwig-erhard.de/stichworte/europa-institution-kooperation-integration/> (Zugriff am 29.03.2018).
- 2| Hentze, T. & T. Köster (2016) *Einkommensbesteuerung der Mittelschicht: Strukturelle Veränderungen oder gezielte Entlastungen?*, in Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Analysen & Argumente*, Ausgabe 229: 8.
- 3| Freie Demokratische Partei (FDP) (2017) *Denken Wir Neu. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu.“* <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf> (Zugriff am 16.03.2018): 119–120; Freie Demokratische Partei (FDP) (2017) „Das richtige Konzept lautet 40:20:40“, siehe https://www.fdp.de/steuern_das-richtige-rezept-lautet-402040 (Zugriff am 27.07.2017).
- 4| FDP (2017) *Denken Wir Neu*: 120.
- 5| Alternative für Deutschland (AfD) (2017) *Programm für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.* https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (Zugriff am 06.03.2018): 53; Alternative für Deutschland (AfD) (2016) *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.* https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Zugriff am 06.03.2018): 67.
- 6| Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017.* https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf aufgerufen am 16.03.2018): 38, 41, 43.
- 7| Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) *Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021*: 48–49; DIE LINKE (2017) *Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE*: 10–11, 24, 40.
- 8| Erhard, L. (1957) *Wohlstand für Alle* (Düsseldorf: Econ-Verlag): 251–252.
- 9| Erhard, L. (1957) *Wohlstand für Alle*: 248.
- 10| Erhard, L. (1988) „Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken“ in: Hohmann, K. (Hrsg.) *Gedanken aus fünf Jahrzehnten: Reden und Schriften* (Düsseldorf: Econ Verlag): 462.
- 11| Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken“, *Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021*: 40; Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Beschluss (vorläufig): Wir teilen den Wohlstand gerechter*: 3; DIE LINKE (2017) „Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“, *Programm zur Bundestagswahl 2017 DIE LINKE*: 8.
- 12| DIE LINKE (2017) „Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“: 8, 37; Bündnis 90/ Die Grünen (2017) *Zukunft wird aus Mut gemacht*: 194; Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Beschluss (vorläufig): Wir teilen den Wohlstand gerechter*: 3.
- 13| CDU & CSU (2017) *Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021*: 34; FDP (2017) *Denken Wir Neu*: 67; AfD (2017) *Programm für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017*: 51.
- 14| Vgl. Erhard, L. (1962) *Deutsche Wirtschaftspolitik – Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft* (Düsseldorf: Econ-Verlag): 302.
- 15| Röpke, W. (1950) *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik* (Stuttgart/ Köln: Kohlhammer Verlag): 64–65.
- 16| Vgl. Franke, S. & D. Gregosz (2013) *Soziale Marktwirtschaft: Was heißt das konkret?* (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)): 70.
- 17| Vgl. Bach et al. (2016) „Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiedererhebung der Vermögensteuer in Deutschland“: 50, 54.
- 18| Vgl. Bach, S., M. Beznoska & A. Thiemann (2016) „Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiedererhebung der Vermögensteuer in Deutschland“, *DIW Berlin Politikberatung kompakt* (Nr. 108): 9, 60.
- 19| Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) (2017) „Die demografisch bedingte Innovationslücke in Deutschland: Ausmaß und Handlungsoptionen“, *Gutachten*.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Martin Schebesta

Koordinator für Grundsatzfragen der Ordnungspolitik
und Sozialen Marktwirtschaft
Hauptabteilung Politik und Beratung

Tel. 030/26996-3595
Martin.Schebesta@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/
Berlin



Diese Publikation/Der Text dieses Werkes ist lizenziert
unter den Bedingungen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen
4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter:
[https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-
code.de](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de))

Umschlagfoto:
MicroStockHub, iStock

Gestaltung und Satz:
Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-3-95721-452-2

www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**



**Deutschland
Das nächste Kapitel**